

gründe überwiesen wird, um diese himmelschreiende Ungerechtigkeit, die der Stadt Wien durch die widerrechtliche Wegnahme ihres Eigentums der Glacisgründe widerfahren ist, wieder gut zu machen.

Bürgermeister: Diese Anfrage ist etwas zu umfangreich, die Zeit war mir zu kurz und so konnte ich mich nicht mehr vorbereiten.

Geht als Antrag an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

10. Interpellation des Gem.-Rates Reumann:

In dem Gelöbniß, welches Lehrer und Lehrerinnen abzulegen hatten, ist ein Passus enthalten, welcher besagt, daß diese Angestellten weder einem deutsch-nationalen, noch einem sozialdemokratischen Verein angehören dürfen.

Die Ereignisse haben diesen Teil des Gelöbnißes, der seine Urheber mit Schmach und Schande bedeckt, hinfällig gemacht, und ich frage den Herrn Bürgermeister:

Ob er geneigt ist, in öffentlicher Gemeinderats-Sitzung zu erklären, daß nicht nur die Lehrer und Lehrerinnen, sondern alle, die ein solches Gelöbniß ablegen mußten, desselben entbunden sind?

Bürgermeister: Das, was Herr Kollege Reumann in dieser Frage berührt, ist eine Einführung meines Vorgängers Dr. L u e g e r gewesen. Ich selbst habe, solange ich Bürgermeister bin, von keinem Bewerber und von keinem, der angestellt wurde, ein derartiges Gelöbniß gefordert. Sollten daher aus früherer Zeit irgendwelche ein Bedenken haben, ob sie jetzt an das Gelöbniß, das sie vor Jahren abgelegt haben, im Zeichen der bestehenden Republik noch gebunden sind, so glaube ich, daß ich auch im Sinne meines Vorgängers und aus der Kraft der Nachfolgerschaft handle, indem ich alle, die es angeht, dieses Gelöbnißes entbinde.

Es ist ein Antrag überreicht worden, um dessen Bekanntgabe ich bitte.

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

11. Antrag des Gem.-Rates Schwer:

Die Wiener Gemeindevertretung hat es stets für eine ihrer vornehmsten Aufgaben gehalten, die bedeutungsvollsten geschichtlichen Ereignisse, welche sich in den Mauern unserer auf eine denkwürdige Vergangenheit zurückblickende Stadt abgespielt haben, in Werken der bildenden Kunst dem Gedächtnisse der Nachwelt zu überliefern.

Eines der außerordentlichen Ereignisse in der Geschichte unseres Vaterlandes ist die aus dem Weltkriege hervorgegangene grundlegende Versammlung des Deutschösterreichischen Staatsrates, die am 30. Oktober 1918 im niederösterreichischen Landhause zu Wien stattgefunden hat.

Wenn es irgend eine Begebenheit in der Geschichte unseres Volks und unserer Stadt verdient, in einem hervorragendem Werke der bildenden Kunst verewigt zu werden, so ist es diese.

Die Geseftigten stellen demnach den Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, es sei die konstituierende Versammlung des Deutschösterreichischen Staatsrates in einem für das Wiener Rathaus bestimmten monumentalen Gemälde festzulegen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Vize-Bürgermeister Hierhammer (den Vorsitz übernehmend): Zum Referate gelangt Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister.

Ich konstatiere die Anwesenheit von mehr als 100 Mitgliedern des Gemeinderates.

12. Referent Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe die Ehre, namens des Stadtrates zur Post 17 zu referieren. Es betrifft die Vergebung des vom Gemeinderate am 15. Oktober

beschlossenen Anlehens von 250,000,000 K. Es ist heute wohl nicht mehr die Zeit, um über die Notwendigkeit und die Bedeutung dieses Anlehens zu referieren. Es war meine Pflicht, mit dem Bankensortium die Verhandlungen einzuleiten. Ich habe dieser Pflicht entsprochen und das Anbot, das mir gemacht wurde, meinen Kollegen im Stadtrate und in der Obmänner-Konferenz vorgelegt.

Die Banken haben zu der bereits erwirkten Ermächtigung, welche in dem vom Landes-Ausschusse genehmigten Gemeinderats-Beschlüssen und der Sanktion der Krone vom 29. Oktober bestand, noch die Sicherung des Anlehens durch eine Genehmigung der neu konstituierten Landesversammlung begehrt.

In dieser Landesversammlung, die am 5. November stattfand, wurde der Gemeinde Wien einhellig von allen Parteien die Anlehensermächtigung erteilt. Nachdem nun dieses Requisite vorhanden war, wurden die Verhandlungen mit den Banken fortgesetzt. Ich muß wohl vor allem meinen Kollegen, welche mich in diesen Verhandlungen unterstützt haben, meinen besten Dank zum Ausdruck bringen.

Die Bedingungen, die wir erreicht haben, sind solche, daß wir tatsächlich damit zufrieden sein können. Nicht nur ich, sondern auch meine Kollegen haben den Leitern der Wiener Banken erklärt, daß es sich in diesem Falle um kein Geschäft handeln dürfe, sondern daß es Pflicht der Banken sei, in diesen Zeiten der Stadt Wien mit Rücksicht auf die großen, weittragenden Aufgaben, die wir in den nächsten Zeiten zu bewältigen haben werden, auch jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die zur Bewältigung dieser Aufgaben notwendig sind. Eine unserer Hauptaufgaben wird sein, das wirtschaftliche Leben bedeutend zu heben. (Rufe: Sehr richtig!) Es wird unser aller Aufgabe sein, insbesondere auch des Staatsrates, für die Ruhe und Ordnung in Wien zu sorgen, insbesondere auch dafür, daß Exzesse von irgend welchen anarchistischen oder kommunistischen Gesellschaften uns nicht weiter berühren dürfen in dem Wiederaufbau unserer Gesellschaft und des wirtschaftlichen Lebens. (Rufe: Sehr richtig!)

Ich habe den Banken auch vor Augen geführt, welche Beruhigung es auf dem Geldmarkte und im Wirtschaftsleben hervorrufen wird, wenn die Tausende sehen werden: Die Banken geben der Stadt Wien auf 60 Jahre zu 4 Prozent eine Summe von 250 Millionen Kronen.

Die Zeit der kurzfristigen Schatzschein-Anleihen ist vorüber und ich hoffe, daß unser Appell, den wir von der Gemeinde aus an die Bevölkerung richten werden, doch endlich mit ihren zurückgehaltenen Banknoten herauszugehen, sie aus den Strümpfen hervorzuziehen, aus den eisernen Klaffen herauszunehmen und Anleihe der Stadt Wien zu zeichnen, nicht vergeblich sein werde. Ich rechne darauf, daß dieses Anlehen nicht nur uns die Mittel geben wird, unserer Aufgabe gerecht zu werden, sondern daß sie auch gerade auf dem Wirtschaftsleben unserer Stadt und in weiteren Kreisen, soweit das von unserer Stadt ausgeht, jene Beruhigung hervorrufen werden, daß auch der einzelne wieder an die Aufrichtung seiner Arbeit und die Belebung und Förderung des Wirtschaftslebens denkt.

Die Banken haben in ihrem Anbot, das Ihnen vorliegt, nur bis einschließlich 12. d. M. die Aufrechterhaltung ihres Angebotes zugesagt. Ich habe aber heute, nachdem ich gestern ersucht hatte, die Frist um einen Tag zu verlängern, folgende Zuschrift erhalten (liest):